

Der Protest des niederösterreichischen Landtages gegen die Friedensbedingungen.

Wien, 11. Juni.

In einer außerordentlichen Sitzung veranstaltete heute der niederösterreichische Landtag eine eindrucksvolle Protestkundgebung gegen die Friedensvertragsbedingungen, die die Entente unseren Delegierten in Saint-Germain vorlegte. Die Abgeordneten waren vollzählig versammelt, die Galerien dicht gefüllt. Gleich nach Eröffnung der Sitzung erhob sich Landeshauptmann Sever zu einer Ansprache, in der er die Unmöglichkeit der Bedingungen darlegte und die Folgen andeutete, die eine Annahme dieser Bedingungen nach sich zöge. Der Landeshauptmann schilderte insbesondere die schweren Schädigungen, die Wien und Niederösterreich in territorialer und wirtschaftlicher Beziehung auferlegt werden sollen und fand hierbei die lebhafteste Zustimmung aller Parteien des Landtages.

Nach der Ansprache des Landeshauptmannes wurde die Sitzung sofort geschlossen. Der Landtag wird heute noch eine zweite Sitzung zur Erledigung der Tagesordnung halten.

Die Ansprache des Landeshauptmannes.

Landeshauptmann Sever: Die deutschösterreichische Republik steht vor ihrer schwierigsten und folgenschwersten Entscheidung. Durch sieben Monate warteten wir in tristenhaftester, aufgeregter Zeit auf die Befestigung der Bedingungen durch die Sieger; nun, da wir sie kennen, ist das ganze Volk in einmütiger Erregung und Bestürzung über die maßlose Schwere des uns angedrohten und durchführbaren Gewaltfriedens. In würdiger und eindringlicher Weise hat die deutschösterreichische Nationalversammlung der gesamten zivilisierten Welt das Unmögliche, das Unerträgliche dieses Friedensvertrages vor Augen geführt. Bangen Herzens, im Gefühle unserer Ohnmacht, aber im stolzen Bewußtsein unseres Rechtes erwarten wir die Wirkung dieser Kundgebung auf die Sieger.

Niederösterreich ist ein deutsches Land. Im Norden, im Süden, im Westen und zum größten Teil auch im Osten grenzt es an deutsche Gebiete. Wir haben, vertrauensvoll auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, an unserer Nordgrenze dem Znaimer Kreis, dem deutschen Südmähren, entsprechend dem souveränen Willen seiner Bevölkerung, durch Gesetz im Lande Niederösterreich Aufnahme gewährt. Rücksichtslos, unter anmaßender Nichtbeachtung des Willens der Bevölkerung spricht der Vertragsentwurf Südmähren dem czecho-slowakischen Staate zu. Der einzige klägliche Grund für diese brutale Annexion ist die historische Grenze. Und selbst diesen Grund geben die Gegner preis, weil sie noch mehr wollen. Ueber die historischen Grenzen hinaus verlangen sie die Nordostecke von unserem alten Niederösterreich, die deutschen Gemeinden Feldsberg, Hohenau, Herrnbäumgarten, Schrattenberg, Reintal und Bernhardsthal. Nicht genug damit, sie wollen auch im Nordwesten zwölf Kilometer tief aus unserem Lande Gebiete mit den darauf wohnenden Menschen wegnehmen. Gaugschlag, Titschau, Brand, Rotenschachen, Schwarzbach, Nagelsberg, Zuggers, Erdweiß, Weißenbach, Wieselands, Harbach und Smünd Bahnhof sollen uns verloren gehen, ohne daß man die Bevölkerung befragt, ob sie auch zur Czecho-Slowakei kommen wolle.

Was wollen die Czechen mit diesem deutschen Land? Fühlen sie nicht die Schande, welche schon in der Tatsache liegt, daß sie ihren Staat nicht auf das Siedlungsgebiet des eigenen Volkes beschränken zu können glauben? (Lebhafte Zustimmung.) Sie wollen ihn mit deutschem Land, mit deutscher Menschenkraft und deutscher Arbeit erst künstlich zu einem ansehnlichen Staatsgebilde gestalten. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Wie ungerecht diese Grenzbestimmungen von Czechen ausgeklügelt sind, sieht man auch bei dem Grenzvorzuschlage gegen Osten. Die March soll die Grenze sein. Bei allen zivilisierten Völkern liegen Flußgrenzen in der Mitte des Stromes. Nur an der niederösterreichisch-slowakischen Grenze soll auch unser Flußufer dem Grenz Nachbar abgetreten werden. (Hört! Hört!), ein Fall, der in der Geschichte einzig dasteht. (Zustimmung.) Es würde dann vom Belieben der Czechen abhängen, ob sie gestatten, daß auf ihrem Gebiete Schutzbauten gegen Ueberschwemmungen unseres Landes errichtet werden. (Sehr richtig!) Auch der Donau-Oder-Kanal, der sich des Wasserlaufes der March bedienen würde, wäre von Wien abgelenkt.

Diese Maßnahmen territorialer Verstummlung unter Mißachtung des Volkswillens und unter Raub von deutschem wertvollen Kapital haben aber auch die schwersten wirtschaftlichen Folgen. Die nordniederösterreichischen Gebiete, die wir abtreten sollen, sind äußerst fruchtbar und für die Versorgung von Wien von weitaus größter Bedeutung.

Der Boden ist dort am fruchtbarsten und daher der Getreideertrag der größte von ganz Niederösterreich. Mit Hohenau nimmt man uns die letzte Zuckerraffinerie (Hört! Hört!), mit der Thaya nimmt man uns die einzige nennenswerte Wasserkraft nördlich von Wien, mit der March die Möglichkeit der Entwicklung des Wiener Donauhafens als Umschlagplatz für den Donau-Oder-Kanal. Und alle die wirtschaftlichen Drosselungen und Anebelungen, die wahnwitzigen, undurchführbaren Forderungen, die der Leiter des Staatsamtes für Neußeres in seiner Rede vom vergangenen Samstag ausführte, sie alle treffen vor allem Wien und Niederösterreich aufs schwerste. (Sehr richtig!)

In den vergangenen Tagen hat das Volk auf den Straßen seiner leidenschaftlichen Empörung über seine drohende Vernichtung und über das kommende Unglück, das die Kriegsjahre noch zu übertreffen droht, Ausdruck verliehen. Diese Erregung und Empörung zittert auch in uns nach. Wohl kann uns die Entente heute zu allem zwingen, sie kann uns unter das fremde Joch beugen, sie kann uns dem Staatsbankrott zutreiben, sie kann es erreichen, daß wir unser Todesurteil selbst unterschreiben, aber hat sie etwas damit erreicht? Das Deutschösterreich, das diesen Friedensvertrag unterschreibt, würde nicht lange bestehen und statt eines Vertragsgegners, der seine Pflichten erfüllt, würden die Sieger ein wildes Chaos finden. (Zustimmung.)

Darum wollen wir noch nicht die Hoffnung sinken lassen, daß die Mächte in Paris, wenn sie das Furchtbare und Unmögliche dieses Vertragsentwurfes erkannt haben werden, ihn entsprechend mildern. Das gesamte deutsche Volk von der Nord- und Ostsee bis in die Alpen, regiert auf freier demokratischer Grundlage, einiger denn je (lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen) und niemand mehr bedrohend, verteidigt sein ursprüngliches Recht, das Recht zu leben. Es steht geschlossen hinter seinen Vertretern, die es in den Friedensverhandlungen verteidigen. (Die Versammlung erhebt sich. Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Das Budgetprovisorium für Niederösterreich.

Wien, 11. Juni.

Der niederösterreichische Landesrat hat heute dem Landtag ein Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1919 vorgelegt. Neben den üblichen finanziellen Ermächtigungen wird auch um die Bewilligung zur Einhebung der Landesfondszuschläge zu den direkten Steuern, und zwar in unveränderter Höhe angefleht. Danach betragen die Zuschläge zur Grundsteuer 30 %, Hauszinssteuer 23 %, Hausklassensteuer 30 %, hundertprozentige Steuer von dem Ertrag der hauszinssteuerfreien Häuser 33 %, Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen 43 %, allgemeinen Erwerbsteuer, und zwar bei den Erwerbsteuerpflichtigen der ersten Klasse 43 %, bei den Erwerbsteuerpflichtigen der zweiten Klasse 36 %, bei den Erwerbsteuerpflichtigen der dritten und vierten Klasse (einschließlich Hausier- und Handergewerbe) 23 %, Rentensteuer auf Grund von Beschlüssen 36 % und Besoldungssteuer 31 % von jeder Steuerkrone.